

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9709

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfes für die Landesregierung hat das Wort der zuständige Minister, Herr Minister Dr. Wolf. Bitte schön.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Vielen Dank, Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das zweite Mantelgesetz des Innenministeriums zur Änderung der gesetzlichen Befristungen möchte ich heute einbringen. NRW ist das erste Land, das das gesamte Landesrecht befristet hat. Die Befristung ist von allen vier Fraktionen in NRW beschlossen worden. Sie ist ein Beitrag zur Verschlinkung der Landesgesetzgebung und Bürokratiebekämpfung.

Sie ist ein wichtiges Instrument zur Reduzierung der Normenflut und setzt den Landesgesetzgeber unter ständigen Rechtfertigungszwang. Es ist grundsätzlich von einer Vermutung der bestehenden Überregulierung auszugehen. Dies führt zu einer Beweislastumkehr, also zu einer Rechtfertigung, dass Normen noch notwendig sind.

Der vorliegende Gesetzentwurf betrifft die Verlängerung beispielsweise des Ordnungsbehördengesetzes, des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistungen.

Das Mantelgesetz verlängert Vorschriften nur dort, wo es zwingend notwendig ist. Das setzt eine intensive Prüfung im Rahmen der Evaluierungen voraus. Insofern haben wir uns entschieden, sechs Verfallklauseln zu verlängern. Zwei Gesetze werden aufgehoben, eine Verfallklausel wird in eine Berichtspflicht umgewandelt, eine Berichtspflicht in eine Verfallklausel umgewandelt. In zehn Fällen wird ein neuer Evaluierungszeitraum bestimmt, und mit dem zweiten Mantelgesetz wird altes Reichsrecht zu einem großen Teil aufgehoben.

Fazit: Die Befristung der Gesetzgebung hat sich bewährt. NRW ist bundesweit führend. Und das Normendickicht lichtet sich immer weiter. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Es ist keine weitere Beratung vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfes Drucksache 14/9709** an den **Innenausschuss**. Wer stimmt dem zu? – Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Nein. Es ist einstimmig überwiesen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

12 Abschiebungsstopp für Roma aus dem Kosovo! Keine Abschiebung auf die Müllkippe

Antrag
des Abgeordneten
Rüdiger Sagel – fraktionslos
Drucksache 14/9683

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9766

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe diesen Antrag hier eingebracht, denn in großer Zahl werden seit Wochen Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo aufgefordert, Deutschland „freiwillig“ zu verlassen. Tun sie das nicht, droht ihnen die Abschiebung.

Nach mehreren Verhandlungsrunden zwischen Deutschland und kosovarischen Behördenvertretern über den Abschluss eines Übernahmeabkommens hat sich die kosovarische Seite einverstanden erklärt, Rückübernahmeersuchen für alle ausreisepflichtigen Personen zu behandeln und auf die Frage der Volkszugehörigkeit dabei keine Rücksicht mehr zu nehmen. Das war lange nicht so der Fall. Damit können Roma ab sofort auch abgeschoben werden.

Aus meiner Sicht sind die nun beabsichtigten Abschiebungen unverantwortlich. Eine Abschiebung der Roma-Flüchtlinge aus Deutschland ist aus humanitären Gründen nicht hinnehmbar. Ich weiß, wovon ich rede, denn ich war mehrmals im Kosovo und habe gesehen, wie die Menschen dort leben. Es sind menschenunwürdige Zustände. Die Leute leben dort in Lagern, in Blechhütten, in Zelten. Es gibt keine humanitären Bedingungen, unter denen sie dort leben könnten. Kinder, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, haben dort überhaupt keine Perspektive.

Sie haben hier die Schule besucht und sind hier groß geworden. Sie sind Deutsche im besten Sinne, und sie sind hier auch integriert. Ihre Heimat ist Deutschland.

Die Vorgehensweise steht im eklatanten Widerspruch zur tatsächlichen Situation der Roma im Kosovo. Wer heute Roma dorthin abschiebt, der weiß, dass sie fast ausnahmslos in den Slums oder auf der Müllkippe landen. Roma sind im Kosovo weiterhin Opfer massiver Diskriminierung. Ihr Zugang zu elementaren Lebenschancen ist damit faktisch verhindert. Eine Vielzahl von Menschenrechtsorganisationen kommt zu demselben Ergebnis wie ich.